

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>
e-mail: fraktion@cdu.landsh.de**PRESSEMITTEILUNG****Nr. 154/01 vom 28. März 2001****Sylvia Eisenberg: Fachtagung der CDU zur Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen stößt auf große Resonanz**

Gut 70 Teilnehmer aus der Wirtschaft, dem Handwerk, der Politik und natürlich der Beruflichen Bildung kamen gestern in die CDU-Landtagsfraktion, um mit Vertretern der CDU über die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Bildungszentren in der Region zu diskutieren. In vier Arbeitskreisen wurden über die verschiedenen Aspekte erweiterte Handlungsspielräume diskutiert, die die Grundlagen und die Perspektiven dieser Weiterentwicklung beschreiben.

„Das große Engagement in den Diskussionen hat unterstrichen, dass wir mit dem Thema richtig liegen. Die Auseinandersetzung um die besten Wege wird ohne Scheuklappen ausgetragen und die CDU hat gezeigt, dass sie diese Diskussion im Sinne der Sache vorantreiben wird. Im Mittelpunkt steht immer das Konsensprinzip, denn nur wenn Beruflichen Schulen, Ausbildungsbetriebe, Kammern und Innungen, Schüler und Lehrkräfte gemeinsame Ziele formulieren und individuell auf „ihre“ Schule zuschneiden, werden die beruflichen Schulen erfolgreich weiterentwickelt werden können“, so die berufsschulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Sylvia Eisenberg.

Hauptredner der gestrigen Veranstaltung war der Kölner Professor Martin Twardy, der unter dem Stichwort „Bildungsnetzwerk“ die Grundsatzfrage stellte, wie viel Freiheit die beruflichen Schulen tatsächlich benötigen, um den Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft zukünftig gerecht werden zu können.

Sylvia Eisenberg erläuterte heute in Kiel die Ergebnisse der entsprechenden Arbeitsgruppen. Demnach sei zwar der staatliche Bildungsauftrag uneingeschränkt zu erhalten, die Gestaltungs- und Handlungsfreiräume in den pädagogisch-didaktischen, personalen, kooperativen und ökonomischen Bereichen müssten aber erweitert werden. Die erweiterten Freiräume sollen dort ihre Grenzen finden, wo sie eine unentbehrliche bildungspolitische Grenze berühren, z.B. in Form von Lehrplänen.

“Die Diskussion hat gezeigt, dass die Betroffenen die verschiedenen Bereiche sehr differenziert analysieren und auch die unterschiedlichen Profile der Regionen in die

Überlegungen einbeziehen. Die konkreten Ergebnisse wird die CDU in Form einer Dokumentation vorlegen“, so Sylvia Eisenberg abschließend.